

Freiräume und Verlässlichkeit für Weltmarktführer

Baden-Württembergs Familienunternehmen sind die Innovationstreiber Deutschlands. Mit über 15.000 Patentanmeldungen im Jahr 2019 liegt das Land bundesweit an der Spitze. Dies zeigt, dass wir unsere Betriebe nachhaltig für die Zukunft aufstellen und Transformationsprozesse hin zu neuen Technologien aktiv vorantreiben. Dennoch lag die Wirtschaftsentwicklung Baden-Württembergs im Ländervergleich bereits vor der Pandemie im unteren Drittel und die Unternehmen im Südwesten haben seitdem besonders stark mit den Auswirkungen der Krise zu kämpfen.

Umso mehr gilt es, dass die Politik den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft systematisch begleitet und dem Unternehmertum die nötigen Freiheiten für Innovationen einräumt. Der weltweite Konjunkturereinbruch durch die Corona-Pandemie und die extrem verschärften Klimaschutzziele sind nur zwei Herausforderungen, auf die sich Familienunternehmen kurzfristig einstellen müssen. Besonders deshalb müssten in Baden-Württemberg die besten Rahmenbedingungen in den Bereichen herrschen, die sich direkt auf unsere Produktivität auswirken. Der Fachkräftemangel, die Verkehrswende, Rekordschulden sowie eine mangelhafte digitale Infrastruktur und Verwaltung bereiten uns vor Ort Kummer, den unsere internationalen Wettbewerber oftmals nicht kennen.

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER gibt es für die neue Landesregierung deshalb folgenden dringenden Handlungsbedarf:

- 1. Kein schuldenfinanziertes Wünsch-dir-Was!**
- 2. Praxistaugliche Verkehrswende!**
- 3. Digitalen Anschluss nicht verpassen!**
- 4. Fachkräftemangel abstellen!**
- 5. Bürokratieabbau vorantreiben!**

Kein schuldenfinanziertes Wünsch-dir-was!

Die grün-schwarze Landesregierung hat 2018 und 2019 dank der konjunkturellen Lage, sprudelnder Steuereinnahmen und einem effektiven Sparkurs den Schuldenstand Baden-Württembergs bis Ende 2019 auf 45 Mrd. Euro reduziert und das Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik verfolgt.

Als Reaktion auf die Pandemie sieht der aktuelle Nachtragshaushalt für 2020/21 jedoch eine Neuverschulung in Höhe von 13,5 Milliarden Euro vor. Die Schuldenbremse erlaubt ausdrücklich den krisenbedingten Anstieg der Schulden. Die jetzige Ausnahmesituation darf jedoch nicht als fadenscheinige Begründung benutzt werden, um krisenunabhängige Wahlversprechen zu finanzieren. Nachfolgende Generationen dürfen nicht von der Schuldenlast erdrückt werden. Sie brauchen finanzielle Freiräume, um benötigte Investitionen zu tätigen und auf zukünftige Notlagen reagieren zu können.

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

Dafür braucht es einen generationengerechten und zukunftsorientierten Haushalt. Dies bedeutet Einsparungen vorzunehmen ohne gezielte Investitionen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu vernachlässigen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:

- **Zurückstellung krisenunabhängiger neuer Ausgaben:** Die zukünftige Landesregierung muss gezielte Investitionen in Bildung und Infrastruktur vornehmen und die Strukturen für einen erfolgreichen Neustart schaffen. Corona-fremde Ausgabenvorhaben dürfen nicht mit den für die Krisenbekämpfung aufgenommenen Schulden finanziert werden. Es braucht von Beginn der Legislatur einen überprüfbaren Weg zurück zur Schuldenbremse!
- **Volle Kostentransparenz bei den Pensionslasten:** Die Pensionslasten in Baden-Württemberg liegen mit rund 16.000 Euro je Einwohner deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Angesichts einer überalternden Lehrerschaft ist die Finanzierung der wachsenden Pensionsausgaben eine zunehmende Herausforderung. Deshalb gilt: Für alle neu einzustellenden Beamten müssen kostendeckende Rücklagen in einen zweckgebundenen Fonds eingezahlt werden. Für fehlende Stellen im öffentlichen Dienst müssen attraktive Konditionen geschaffen werden, die eine Alternative zur langfristig sehr kostspieligen und unflexiblen Verbeamtung bieten.
- **Eine unbürokratische und kostenreduzierende Grundsteuerreform:** Die Landesregierung hat sich für das modifizierte Bodenrichtwertmodell entschieden. Die Abkehr vom bürokratischen Bundesmodell ist ausdrücklich zu begrüßen. Dennoch: Eine Überprüfung des Bodenrichtwerts gestaltet sich nicht nur schwierig, sondern führt zu realitätsfernen Bewertungen und wirkt kostentreibend. In Baden-Württemberg müssten insgesamt 5,6 Millionen Flächen und Immobilien neu bewertet werden.
Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2020/21 sind bereits 150 zusätzliche Stellen vorgesehen, 350 weitere sollen schrittweise folgen. Angesichts der coronabedingten Haushaltssituation ist die Einführung eines Steuermodells, das den Unternehmen und der öffentlichen Hand in erster Linie Kosten verursacht, nicht zu verantworten. Es braucht stattdessen ein wertunabhängiges Modell, das unnötige Haushaltsausgaben und unsichere Neubewertungen für die Unternehmen vermeidet!

Praxistaugliche Verkehrswende!

Baden-Württemberg als Wirtschafts- und Automobilstandort ist Richtungsgeber im Wandlungsprozess hin zu einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur. Es muss als Vorreiter aufzeigen, dass Wirtschaft und Klimaschutz keine Gegensätze, sondern Verbündete in der Verkehrswende sind.

Dafür werden nicht nur marktwirtschaftliche europäische Rahmenbedingungen, Technologieoffenheit und unternehmerischer Innovationsgeist gebraucht. Es bedingt vor allen Dingen eine Politik, welche auf die Kombination aller Verkehrsträger setzt und Infrastrukturausbau vorantreibt.

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

Doch die bisherige Resonanz ist gemischt: dem BaWüCheck von 78 Tageszeitungen im Südwesten zufolge bewerten 39 Prozent der Befragten die Verkehrspolitik der grün-schwarzen Landesregierung als negativ. Knapp ein Drittel traut sich kein Urteil zu. Ein nicht nachfrageorientierter öffentlicher Nahverkehr, der schlechte Zustand der Straßen sowie Stau und Parkplatzmangel sind dabei die größten ungelösten Ärgernisse. Diese verdeutlichen den Stellenwert, welchen die individuelle Mobilität weiterhin genießt. Ein Verzicht auf das Auto ist für viele Pendler realitätsfern und der politische Fokus auf Alternativen zum Auto nicht gerechtfertigt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind auf die praxistaugliche Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger, inklusive des Autos, angewiesen.

Das Straßennetz in Baden-Württemberg besteht aus rund 9.900 km Landesstraßen und 5.300 km Bundesstraßen und Autobahnen. Auch wenn deren Qualität sich in den letzten Jahren geringfügig verbessert hat und ein umfassendes Sanierungsprogramm beschlossen wurde, müssen Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen konsequent umgesetzt werden.

Stattdessen werden bestehende Beschlüsse im Nachgang in Frage gestellt. Baugroßprojekte wie der Ausbau der A6 oder der geplante Autobahnneubau der A98 entlasten das Verkehrsnetz und unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs. Anstatt jeglichen Straßenausbau zu verdammen und Baumaßnahmen zu verzögern, muss die Politik Verfahren beschleunigen und den Infrastrukturausbau fördern.

Eine zukünftige Landesregierung darf den Individualverkehr außerdem nicht stärker belasten. Als Steuerzahler finanzieren die Einwohner Baden-Württembergs bereits den Nahverkehr mit. Eine Umlage auf alle Bürger oder die diskutierte Citymaut stellen zusätzliche Zwangsabgaben und eine verdeckte Steuererhöhung dar, ohne das Verkehrsproblem im Kern zu lösen. Das hohe Verkehrsaufkommen in Baden-Württemberg erfordert stattdessen eine gezielte Strategie, zweckgerichtete Investitionen und bessere Vernetzung aller Verkehrssysteme untereinander.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER in Baden-Württemberg fordern daher:

- **Technologieoffenheit beweisen:** Der Verbrennungsmotor, die Elektromobilität oder die Brennstoffzellen-Technologie können gemeinsam und gleichermaßen dazu beitragen, Zukunftsmobilität zu sichern. Das Mobilitätsland Baden-Württemberg muss auf Erfindergeist setzen und muss politischen Festlegungen auf eine einzige Antriebsform Einhalt gebieten.
- **Straßenneubau stärken:** Die Bedeutung des Straßenbaus muss für den Automobilstandort Baden-Württemberg hervorgehoben werden. Zum Vorantreiben des Infrastrukturausbaus braucht es beschleunigte und unbürokratische Verfahren!
- **Verkehrsmobilität zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten neu aufstellen:** Vorhandene Infrastruktur muss mittels Daten- und Informationstechnologie besser genutzt und ein bedarfsgerechter ÖPNV forciert werden. Das entspannt die Wohnungssituation in den Ballungsräumen und erhöht die Mobilitätsbereitschaft von dringend gebrauchten Fachkräften.

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

- **Planfeststellungsverfahren beschleunigen:** Baden-Württemberg gehört neben Hessen und Bayern zu den einzigen Bundesländern, die weiterhin für die Planfeststellungsverfahren bei Autobahnprojekten zuständig bleiben. Zur Verkehrsentzerrung und das Vorantreiben des Infrastrukturausbaus braucht es beschleunigte und unbürokratische Verfahren!
- **Digitale Potenziale nutzen:** Das 2020 beschlossene durchgängige Ticketing-System im ÖPNV stärkt dessen Qualität und reduziert die Kosten für die Bürger. Es ist ein Beispiel für den Nutzen digitaler Potenziale und muss zügig umgesetzt werden!
- **Verknüpfung der Verkehrsträger:** Die neue Landesregierung darf einige Verkehrsträger nicht bevorzugen und zusätzliche Kosten für Automobilnutzer einführen ohne Alternativen aufzuzeigen. Stattdessen braucht es zunächst die effiziente Verknüpfung einzelner Verkehrsträger, um den Wechsel zwischen Auto, Bus, Straßenbahn und Fahrrad problemlos zu ermöglichen. Citymaut und Umlagen stellen allein keine Verkehrsplanung dar.

Digitalen Anschluss nicht verpassen!

Jeder zehnte Gewerbestandort und Haushalt in Baden-Württemberg hat keine 50 Mbit/sec im Download zur Verfügung. Machinelearning, KI, Cloudcomputing in internationalen Entwicklungsnetzwerken sind mit diesen Voraussetzungen schwer möglich.

Neuansiedlungen insbesondere im ländlichen Raum werden gefährdet. Auch bei dem Netzanschluss in der Bildung hinkt Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern hinterher: Nur 5 Prozent der Schulen haben einen Gigabitanschluss und sind somit nicht nur durch die Lehrpläne weit von der digitalen Welt entfernt. Baden-Württemberg braucht endlich Rahmenbedingungen, die unsere Unternehmen an der digitalen Transformation teilhaben lassen und den Standort Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb stärken.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher:

- **Ausbau der digitalen Infrastruktur:** Die neue Landesregierung muss die Anstrengungen beim Breitbandausbau weiter verstärken und den flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben. Betriebe mit digitaler Spitzentechnologie produzieren immer größere Datenvolumina, die von Baden-Württemberg aus in Echtzeit in die Welt müssen.
- **Lehrkräfte als digitale Front-Runner:** Schüler und Auszubildende können den ertrag- und sinnstiftenden Nutzen von Digitalisierung nur erfassen, wenn die Lehrer die nötigen Fähigkeiten haben. Neben dem digitalen Anschluss und der Ausstattung der Schulen muss die digitale Qualifizierung der Lehrkräfte mit großer Dringlichkeit angegangen werden.

Fachkräftemangel abstellen!

Unsere Betriebe in Baden-Württemberg sehen in dem Mangel an Fachkräften eine der größten Herausforderungen. Zwar ist die Zahl der Akademiker in dem letzten Jahrzehnt stark gewachsen, doch 2019 fehlten weiterhin rund 23.000 akademische Fachkräfte. Insbesondere in den MINT-Berufen werden mit 10,8 Prozent relativ wenig neue Akademiker ausgebildet im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 14,5 Prozent. Angesichts des steigenden Bedarfs an naturwissenschaftlichen und digitalen Experten in unserer Wirtschaft ein enormes Defizit, das unserem Anspruch an einen Innovationsstandort wie Baden-Württemberg nicht gerecht wird.

Das Hand-in-Hand von beruflicher und akademischer Bildung ist eine Stärke des Südwestens. Damit dies so bleibt muss Lust auf Ausbildungsberufe geweckt werden. Praktiker müssen ohne Scheuklappen Horizonte aufzeigen können.

Derzeit ist ein konstanter Nachwuchs an qualifizierten Mitarbeitern nicht gegeben. Im Gegenteil: Die IHK Stuttgart geht davon aus, dass das Angebot an nichtakademisch ausgebildeten Fachkräften 2030 bis zu 23 Prozent hinter der Nachfrage zurückbleiben wird und sich die Engpässe für uns Unternehmen weiter verschärfen. Ohne qualifizierte Fachkräfte können wir Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort nicht vorantreiben.

Bei der Stärkung des heimischen Fachkräftepotentials gibt es ebenso dringenden Aufholbedarf. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Arbeitnehmer fernes Wunschdenken. Hier muss eine zukünftige Landesregierung die nötigen Weichen stellen. In Baden-Württemberg fehlt es seit Jahren an Betreuungsangeboten. Der Anteil der Kinder im Alter zwischen 3 bis 6 Jahren in einer Ganztagsbetreuung lag 2019 mit 25,1 Prozent bei rund der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Auch bei den Betreuungsplätzen im Grundschulbereich und der Sekundarstufe I liegt Baden-Württemberg deutlich zurück.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher:

- **Flächendeckende Ganztagsbetreuung:** Familie und Beruf sind für viele Fachkräfte eine große Herausforderung. Das Land kann helfen und Potentiale durch eine umfassende Ganztagsbetreuung heben.
- **Naturwissenschaftlich-technische Bildung:** Baden-Württembergs Innovationskraft ist eng mit technischem und naturwissenschaftlichem Know-How verbunden. Spezifischer Fachkräftemangel muss durch stärkere Gewichtung der MINT-Fächer in den Lehrplänen bekämpft werden. Neugierde für Entdeckergeist muss in den Schulen geweckt werden.
- **Aufwertung Berufsausbildung:** Das Hand-in-Hand von beruflicher und akademischer Bildung sind eine Stärke Baden-Württembergs. Damit dies so bleibt muss bei Kindern die Lust an Ausbildungsberufen geweckt werden. Offiziell sind Meister- und Bachelorabschlüsse auf gleichem Niveau; die Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven sind ähnlich, wenn nicht sogar im Ausbildungsbereich höher. Dies muss verstärkt in der Öffentlichkeit kommuniziert und an allen weiterführenden Schulen frühzeitig über Möglichkeiten einer dualen Ausbildung informiert werden!

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

- **Einbindung von Praktikern:** Anregungen aus der Praxis bieten eine wichtige Orientierungshilfe zur Berufsvorbereitung. Wir Familienunternehmer kommen gerne in die Klassenzimmer, um unsere unternehmerische Expertise einzubringen, die Lust auf Selbstständigkeit weiterzugeben sowie Ausbildungsmöglichkeiten und die finanziellen Chancen von Lehrberufen aufzuzeigen. Unternehmensbesuche sagen mehr als hundert Broschüren.

Bürokratieabbau vorantreiben!

Zu unserem großen Unverständnis hinkt die Landesverwaltung bei ihrer Digitalisierung weiter internationalen Standards hinterher. Ausrüstung, Prozesse und Personal müssen einen digitalen Quantensprung vollziehen. Seit Ende 2019 nutzen zwar einzelne Pilotbehörden die E-Akte. Die Ausweitung auf weitere Behörden ist jedoch frühestens für 2021 geplant und somit weit abseits einer flächendeckenden Nutzung. Der Aufbau eines digitalen Serviceportals für alle Landesbehörden und Kommunen läuft ebenso schleppend. Betriebe brauchen die bürokratischen Entlastungen, die eine schnelle und unkomplizierte Antragsstellung online mit sich bringt. Sie erleichtert Gewerbeanmeldungen, die Erweiterung und Modernisierung von Unternehmen und sorgt für schnelle und unkomplizierte Genehmigungen. Hier muss dringend Tempo gemacht werden, damit Bürger und Unternehmen die digitalen Potenziale nutzen können!

DIE FAMILIENUNTERNEHMER setzen sich auf Landesebene seit langem dafür ein, schlanke Verfahren und praktikable Richtlinien zu formulieren. Überbordende Bürokratie treibt Kosten und belastet Unternehmen unverhältnismäßig. Bereits 2018 hat der baden-württembergische Normenkontrollrat Empfehlungen erarbeitet, deren Umsetzung jedoch nur schleppend verläuft. Die neue Landesregierung muss Bürokratieabbau als kostenloses Konjunkturpaket verstehen und auf die Entlastung der Unternehmen setzen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher für Baden-Württemberg:

- **One-in-two-out Prinzip:** Die neue Landesregierung darf keine zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen schaffen, sondern muss bürokratische Kosten reduzieren. Sie muss für jede neue Regelung zwei überflüssige Vorgaben streichen.
- **Verbindliche Genehmigungsfristen:** Anträge müssen spätestens nach vier Wochen bearbeitet werden und ansonsten als genehmigt gelten! Zur Entlastung des Wohnungsmarktes führte beispielsweise Bayern zuletzt eine vereinfachte Bauordnung ein. Baden-Württemberg braucht eine Genehmigungsfiktion!
- **Rahmenbedingungen für mehr Wohnraum:** Die neue Mietpreisbremse seit Mitte 2020 greift in die angespannten Wohnungsmärkte in 89 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg ein - ohne einen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum zu schaffen. Statt staatlicher Überregulierung braucht es Investitionsanreize, mehr Bauland und eine schnellere Genehmigung von Um- und Neubauten!
- **Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe:** Unternehmen müssen einfacher erweitert, verlagert und modernisiert werden können. Hierfür braucht es zum einen die Ausweisung neuer Gewerbegebiete sowie schlankere Genehmigungsprozesse!

Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

- **Keine vergabefremden Kriterien bei öffentlichen Aufträgen:** Immer mehr lokale Unternehmen scheuen öffentliche Aufträge aufgrund der hohen und praxisfernen Vergabebedingungen. Es braucht eine Entschlackung des Vergaberechts von nicht zielführenden Kriterien!
- **Digitale Verwaltung:** Die Corona-Krise hat schonungslos aufgedeckt, dass die Verwaltung nicht ausreichend digitalisiert ist. Die elektronische Akte, digitale Anträge und block chain basierte Genehmigungsverfahren sollten längst Realität sein. Unternehmen und öffentliche Hand können sich anachronistische Kapazitätenverschwendung nicht leisten. Bürokratie entsteht vor Ort – die Landesregierung muss das kommunale Klein-Klein beenden.
- **Ein Entfesselungspaket:** Analog zu NRW muss Baden-Württemberg einen durchgängig elektronischen Prozess von der Auftragsvergabe bis zur Bezahlung gewährleisten und mittels einer digitalen Verwaltung Dienstleistungen für Unternehmen zügig und unbürokratisch ermöglichen.

Fazit

Die Betriebe in Baden-Württemberg brauchen Freiräume für unternehmerisches Handeln. Unsere Impulse aus der Praxis zeigen Vorschläge auf, für eine bessere Verwaltung, Infrastruktur, Bildung und Finanzpolitik, welche die Rahmenbedingungen für den wirtschaftspolitischen Weg aus der Krise setzen. Die zukünftige Landesregierung hat hier gewaltiges Gestaltungspotential, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zu sichern.

Kontakt

DIE FAMILIENUNTERNEHMER
in Baden-Württemberg
André Bartel
Landesvorsitzender

DIE JUNGEN UNTERNEHMER
in Baden-Württemberg
Christine Schmidberger
Landesvorsitzende